

## Erneute Initiative der Partei DIE LINKE im Bundestag

Nachdem die Fraktion der Partei DIE LINKE im April dieses Jahres einen auch von uns begrüßten Antrag zur sofortigen Angleichung der Ost-Renten an das West-Niveau eingebracht hatte, der am 4. Juni in erster Lesung im Bundestag behandelt worden ist (BT DS 18/982), hat sie einen weiteren Antrag eingereicht. Er ist auf die Behebung der spezifischen Altersarmut Ost durch Korrektur der Rentenüberleitung gerichtet (BT DS 18/1644). Danach fordert sie zu einem Beschluss des Bundestages an die Bundesregierung auf

„...für das Renten-Überleitungsgesetz (RÜG) einschließlich des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) nach Beratungen mit den Landesregierungen der ostdeutschen Bundesländer bis zum 30. September 2015 geeignete Regelungen vorzulegen, die folgende Problemkomplexe einer Lösung zuführen:

**1.** Schließen von Überführungslücken, die dadurch entstanden sind, dass DDR-typische, aber in bundesdeutschen rentenrechtlichen Regelungen nicht abgebildete Sachverhalte gar nicht oder nur übergangsweise bzw. nicht abschließend geregelt wurden.

Zu den nicht abschließend geregelten Sachverhalten gehören

- die berufsbezogene Zuwendung für Ballettmitglieder,
- die Ansprüche der Bergleute in der Braunkohleveredlung.

Zu den nur vorübergehend geregelten Sachverhalten gehören

- der besondere Steigerungssatz für Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR,
- Zeiten der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen, speziell auch Zeiten der Pflege von Impfgeschädigten im Kindes- bzw. Jugendlichenalter durch deren Eltern,
- Zeiten von Land- und Forstwirtinnen und -wirten, Handwerkerinnen und Handwerkern und anderen Selbständigen sowie deren mithelfenden Familienangehörigen,
- Zeiten zweiter Bildungswege und Aspiranturen, die unter zeitweiliger Aufgabe der beruflichen Tätigkeit absolviert

wurden, sowie Zeiten von Forschungsstudien und vereinbarte längere Studienzeiten von Spitzensportlerinnen und -sportlern,

- Zeiten für ins Ausland mitreisende Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie im Ausland erworbene Rentenansprüche,
- sämtliche freiwilligen Beiträge (in Höhe von 3 bis 12 Mark pro Monat) sowie Anwartschaftsgebühren zur Aufrechterhaltung von Rentenanschaften.

Zu den nicht berücksichtigten und nicht geregelten Sachverhalten gehören

- die besondere Situation von in der DDR Geschiedenen,
- die generelle Berücksichtigung der Jahresendprämie als rentenwirksame Einmalzahlung.

**2.** Beseitigung des Versorgungsunrechts, das dadurch entstanden ist, dass die Versorgungen der DDR für die wissenschaftliche, medizinische, pädagogische, technische und künstlerische Intelligenz, die Versorgungen für den öffentlichen Dienst, für Armee, Polizei und Zoll sowie die besondere Alterssicherung für die Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post durch die alleinige Überführung in die gesetzliche Rentenversicherung nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) teilweise gelöscht wurden bzw. nicht entsprechend anerkannt wurden.

Beseitigt werden müssen auch die mittlerweile entstandenen Diskrepanzen in der Behandlung von Bestands- und Neurenten verschiedener Zugangsjahre mit Ansprüchen aus Versorgungssystemen.

Einer Klärung bedarf auch, wie Weiterbeschäftigte solcher Versorgungssysteme – insbesondere Professorinnen und Professoren „Neuen Rechts“, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, von Bundeswehr, Zoll und Polizei – ohne Lücken in den 1990er Jahren in bundesdeutsche Versorgungen einbezogen werden können.

**3.** Abschaffung des Missbrauchs von Rentenrecht als politisches Strafrecht, also von Sanktionen, die dadurch entstanden sind, dass bei bestimmten Ansprüchen und Anwartschaften nur für diesen Zweck geschaffene Eingriffe

in die Rentenformel des SGB VI vorgenommen werden, indem die Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze willkürlich gekappt und für die Rentenberechnung nicht anerkannt werden.

**4.** Anerkennung der Ansprüche nach Fremdrentenrecht (FRG), das wieder für alle aus der DDR Geflüchteten, Abgeschobenen und Ausge-reisten gelten muss.

Der Vertrauensschutz muss für all diejenigen, die nach 1936 geboren sind und vor dem Mauerfall die DDR verlassen haben, wieder hergestellt werden.“

Begründend erklärte die Fraktion dazu:

„Zur Beurteilung der Lage der Älteren in den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern wird häufig ein Vergleich der Durchschnittsrenten herangezogen. Die zumeist höheren Werte in Ost werden damit begründet, dass es in der DDR längere Erwerbsbiografien gab und mehr Frauen erwerbstätig waren. Das wird als Indiz dafür gewertet, dass kein Handlungsbedarf bestünde, die Rentenüberleitung zu korrigieren. Nach dem gleichen Muster wird auch die Forderung nach Angleichung des Rentenwertes (Ost) an den Rentenwert abgewiegelt.

Die Auflistung der offenen Probleme der Rentenüberleitung verdeutlicht aber, dass derartige Betrachtungen und Schlüsse kurzsichtig sind und keinen Rückschluss auf die tatsächliche Situation zulassen.

Beim Durchschnitt der westdeutschen Renten werden einzig die Leistungsberechtigten des SGB VI erfasst, nicht die Beamtinnen und Beamten oder die Angehörigen von berufsständischen Versorgungswerken, beispielsweise die Ärztinnen und Ärzte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte oder Architektinnen und Architekten.

Alle diese Personengruppen sind bei der Rentenüberleitung und folglich auch bei der ostdeutschen Statistik dem SGB VI zugeordnet worden und verfälschen so die Durchschnittswerte.

Gegenüber den höheren Werten bei den ostdeutschen Rentendurchschnitten im Bestand sehen die Beträge bei den Zugängen mittlerweile anders aus. Das ist ein Beleg dafür, dass die Mixbiografien, also minder bewertete DDR-Zeiten und durchlöchernte Erwerbsbiografien nach dem Mauerfall inzwischen zu einem Absinken der Rentenzahlbeträge führen. Hinzu kommt, dass in den ostdeutschen Bundesländern die Rente noch immer überwiegend das einzige Alterseinkommen ist.

Während Niedriglohn, prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit generelle Probleme sind und für Ost und West eine andere Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik erforderlich machen, könnten die Ursachen für die unzureichende versicherungsrechtliche Bewertung der DDR-Zeiten mit einer Korrektur der Rentenüberleitung behoben werden.

Bei den Überführungslücken sind durch die Ignoranz gegenüber DDR-Regelungen viele fi-

nanzielle Notlagen entstanden, insbesondere bei Frauen. Der Vertrauensschutz wurde in besonderer Weise bei denen verletzt, die beispielsweise bewusst vorgesorgt haben (Aufrechterhalten der Versicherung mit „geklebten“ Marken), die sich in Sicherheit wähnten (mithelfende Handwerkerfrauen) oder auf einen zugesicherten Ausgleich für schwere, verantwortungsvolle Arbeit im Alter (mittleres medizinisches Personal im Gesundheitssystem) hofften.

Einen großen Vertrauensverlust brachte der Abbruch von Überführungszusicherungen in Wendezeiten, wie bei den Balletttänzerinnen und -tänzern. Deren bis Ende 1991 fortgeführte Zuwendung war extra im Einigungsvertrag fixiert worden. Dies geschah nicht mit der Absicht, diese dann auslaufen zu lassen, sondern um in Ruhe nach einer Folgelösung zu suchen. Diese gibt es aber bis heute nicht.

In ähnlicher Weise sind die Bergleute der Braunkohleveredlung Borna/Espenhain betroffen, die seit Ende 1996 auf die nach dem Montanunion-Vertrag zugesicherte Lösung warten. Von einst etwa 1 000 Betroffenen können derzeit nur noch rund 400 Bergleute um ihr Anliegen kämpfen. Die anderen sind – in vielen Fällen nach schweren berufsbedingten Krankheiten – bereits gestorben.

Die Probleme, die sich für die in der DDR Geschiedenen – fast alle ohne Versorgungsausgleich – mit dem Wechsel in ein anderes soziales Sicherungssystem ergeben, sind im Einigungsprozess vollständig übersehen worden. Dieser Fehler diente perfiderweise den bisherigen Bundesregierungen als Argument, hierfür keine Lösung zu finden.

Da die erst nach einem Urteil (Landessozialgericht Berlin-Brandenburg L 31 1225/09 vom 22.03.2012) auf Antrag gewährte Anerkennung der Jahresendprämie als rentenwirksame Leistung in der Verwaltungspraxis nur auf Angehörige vormaliger Zusatzversorgungssysteme begrenzt wird, ist eine neue Ungerechtigkeit entstanden.

Gerade diejenigen, deren Rentenanspruch sich aus der Sozialversicherung (SV) und der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR) speist, haben oft mit regelhaften Einkommen die Beitragsbemessungsgrenze noch nicht erreicht und könnten so den Rentenanspruch erhöhen. Durch das Versorgungsunrecht werden alle Personen als überwiegend staatsnah oder privile-

giert stigmatisiert, die solchen Versorgungssystemen angehört haben oder zugeordnet waren. Vor allem die betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Ingenieurinnen und Ingenieure, Kunst- und Bauschaffenden empfinden das als willkürliche Diskriminierung. Insbesondere denjenigen Ostdeutschen, die am Aufbau der neuen Forschungslandschaft in Ostdeutschland beteiligt waren und/oder international als Fachleute gelehrt und geforscht haben, wird heute nur ein Bruchteil der Versorgung ihrer westdeutschen Altersgefährten zugestanden. Es ist ein deutlicher Beleg für die fehlende Anerkennung der verantwortungsvollen Tätigkeiten in den Berufen der Angehörigen der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post, dass deren historisch begründete besondere Versorgung nach dem Einigungsprozess nicht fortgeführt wurden.

Bei den als besonders staatsnah eingestuft, wozu eine Liste besonderer Funktionen kreiert bzw. alle Beschäftigten des Ministeriums für Staatssicherheit deklariert wurden, wird gar die Wertneutralität des Rentenrechts gebrochen – dies ist einmalig in der Geschichte deutscher Sozialgesetzgebung. Von der Öffentlichkeit, dem politischen Raum und den Betroffenen fast unbemerkt wurden Anfang der 1990er Jahre mit dem Rentenüberleitungsgesetz (und folgenden Änderungsgesetzen) die Regelungen für diejenigen, die vor 1989 nach persönlichem Bruch mit dem DDR-System in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren, geändert. Die zugesicherte Bewertung der DDR-Zeiten nach dem Fremdrentenrecht wurde zuerst befristet und dann für die Jahrgänge ab 1937 ganz liquidiert. Verständlich ist, dass diese Betroffenen sich dagegen wehren, bei der Rentenberechnung faktisch wieder zu DDR-Bürgern gemacht zu werden.

Die bisherige Kostenverteilung für die Rentenüberleitung ist rechtssystematisch dahingehend zu korrigieren, dass die in das SGB VI übertragenen DDR-Alterssicherungsansprüche über Beitragsmittel der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt werden sollen, gegebenenfalls unter Aufstockung des Bundeszuschusses. Das brächte im Umkehrschluss für die Haushalte der beteiligten Länder Freiräume, um über das SGB VI hinausgehende Alterssicherungsansprüche, die in Landeshoheit liegen (wie Universitäten und Hochschulen, Polizei) zu gewähren. Bundes-

hoheitliche Alterssicherungsansprüche müssten folglich in den Bundeshaushalt eingeordnet werden.

Mit einer Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes kann für eine verbesserte und annähernd lebensstandardsichernde und auch armutsfreie Alterssicherung in den ostdeutschen Bundesländern gesorgt werden. Eine solch umfassende Korrektur würde den Namen Rentenüberleitungsabschlussgesetz verdienen, weil erst dann der Geist des Einigungsvertrages umgesetzt sowie ein wesentlicher Schritt zur Herstellung der sozialen Einheit Deutschlands und gleichwertiger Lebensverhältnisse getan wären.“

Wir informieren unsere Mitglieder über diese neuerliche parlamentarische Initiative. Wir bitten sie, gemeinsam mit Vertretern anderer Verbände erneut auf die Abgeordneten des Bundestages parteiübergreifend in ihren Wahlkreisen zuzugehen, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen und sie zu ersuchen, diese Initiative zu unterstützen, die einem vielfach erklärten Wählerauftrag entspricht.

\*

### Aus der Arbeit des Vorstandes

In einer gemeinsamen Beratung mit dem Beirat der ISOR e.V. berichteten die Rechtsanwälte Benno Bleiberg und Dr. Bernfried Helmers über den Stand der Bearbeitung der Verfahren zu den §§ 7 und 6 (2) AAÜG, insbesondere zu den entsprechenden Verfassungsbeschwerden.

Sie zeigten sich weiterhin überzeugt, dass das Bundesverfassungsgericht die solide, sachliche und verfassungsrechtliche Argumentation der vorgelegten Gutachten nicht ignorieren kann, verwiesen aber auf die üblichen langen Verfahrensdauern und mahnten zur Geduld.

\*

Horst Parton informierte über Beratungen von Vertretern der Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE mit ostdeutschen Verbänden und Vereinen. ISOR begrüßt die Bundestagsinitiativen der Partei DIE LINKE in den Fragen der Rentenangleichung Ost an West und den erneut auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzten Antrag zur Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten, in dem ausdrücklich die Straffrenten für MfS-Mitarbeiter thematisiert werden.

Der Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e. V., Ziegenhals ruft für den **23.8.2014** zur Teilnahme an einer zentralen Veranstaltung in Berlin zum Gedenken an den 70. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns auf. **Geplant sind folgende Aktivitäten:**

10 bis 12:30 Uhr	Veranstaltung im Karl-Liebknecht-Haus. Arbeitstitel: „Im Kampf gegen die Extremismustheorie gestern und heute“
12:30 - 13 Uhr	Kranzniederlegung für Ernst Thälmann
13 Uhr	Beginn der Demonstration zum Ernst-Thälmann-Park
14 Uhr	Kundgebung vor dem Thälmann-Denkmal

### Kontakt

Postfach 2015

15706 Königs-Wusterhausen

Email:vorstand@etg-ziegenhals.de

Internet: <http://www.etg-ziegenhals.de>

### Auszeichnung für Wolfgang Schmidt und Rainer Rupp

Am 22. Juni verlieh das Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde (BüSGM) vor etwa 200 Gästen seinen Preis für Solidarität und Menschenwürde an den Geschäftsführer der ISOR e.V., Wolfgang Schmidt, und den ehemaligen Kundschafter für den Frieden und jetzigen jW-Autor Rainer Rupp.

Laudatoren waren der Vorsitzende der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH), Hans Bauer, sowie jW-Chefredakteur Arnold Schölzel. Die Gruppe Don Quijote begleitete die Veranstaltung mit einem musikalischen Programm.

Foto: Wolfgang Ney



## Gedanken zum Ehrentag der VP

### VP-Oberrat a.D. Hans - Joachim Friedrich

„Ich begrüße und beglückwünsche Sie zum Jahrestag der Deutschen Volkspolizei.“ So wurden die Angehörigen der DVP und der anderen Dienstzweige und Organe des Mdl viele Jahre von ihren Chefs und Leitern am 1. Juli begrüßt. Ich erlebte das 29. Mal. Beim 30. Mal war ich vom damaligen Innenminister bereits von meinem Eid entbunden und die Volkspolizei sicherte den Geldumtausch und die Auflösung der DDR.

Mit deren Untergang hörte die Volkspolizei auf zu existieren und die Aufgabenstellung änderte sich grundlegend.

Unmittelbar nach der Befreiung durch die Rote Armee wurde auf Befehl des Stadtkommandanten von Berlin der Selbstverwaltung der Stadt, die sich noch während der Kämpfe gebildet hatte, erlaubt, „im Interesse der schnellen Wiederherstellung des normalen Lebens, des Kampfes gegen Verbrechen und öffentliche Ruhestörungen, der Regulierung des Straßenverkehrs und des Schutzes der Selbstverwaltungsgebäude die Stadtpolizei ... zu organisieren“. Im Verordnungsblatt des Magistrats hieß es dazu, dass sich „alle Dienstzweige der Polizei bewusst sind, ... die gestellten Aufgaben im Sinne einer wahren Volkspolizei“ zu lösen. Da war der Begriff geboren, der später als offizielle Bezeichnung für die Polizei in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR bis zu ihrem Ende galt und seine Berechtigung hatte.

Antifaschisten, aus den KZ und Haftanstalten befreite Kommunisten und Sozialdemokraten, Interbrigadisten und Mitglieder des Nationalkomitees Freies Deutschland waren die Ersten, die diese schwere Aufgabe in Angriff nahmen. Für uns Heutige ist die Vielzahl der zu lösenden Aufgaben und Probleme nicht mehr nachvollziehbar.

Noch schwieriger wurde die Lage mit der Bildung der „Interalliierten Militär-Kommandantur“ und der Bildung von vier Besatzungssektoren im Juni 1945. Nun war die noch im Entstehen begriffene Volkspolizei in Berlin wirklich „Mittendrin“, wie eine erst kürzlich zur Geschichte der Berliner VP im Zeitraum von 1989 bis 1990 betitelte Veröffentlichung heißt. Mittendrin in den Auseinandersetzungen der Siegermächte und im Kampf um die Erhaltung der Einheit Deutschlands. Mit gezielten Maßnahmen durch die westlichen Besatzungsgrup-

pen und ihre deutschen Helfer, wurden alle Versuche zum Aufbau und Ausbau einer einheitlichen Verwaltung und des Kampfes gegen Verbrechen, Spekulation und Schiebertum torpediert oder unterbunden. In der Polizei tätige Antifaschisten in den westlichen Besatzungssektoren wurden ohne Angabe von Gründen entlassen, teilweise sogar gezwungen, in den sowjetischen Sektor umzuziehen. Das Ziel bestand darin, die Polizei der „Weimarer Zeit“ wieder herzustellen. Das Ergebnis ist bekannt. In Berlin stehen die Nahmen Dr. Friedensburg und Dr. Stumm für die Spaltung der Stadt und der Polizei. Dieser Prozess verlief bis in den August 1948.

Der Präsident der Deutschen Verwaltung des Innern legte 1949 den 1. Juli als „Tag der Volkspolizei“ fest. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 63 Angehörige der Berliner Volkspolizei ihr Leben im Kampf um die Sicherung des wirtschaftlichen und politischen Neuaufbaus verloren.

Nicht nur bei der Bewältigung der ihr übertragenen Aufgaben, sondern auch bei der Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens, der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung wirkten die Angehörigen der Volkspolizei mit und zeichneten sich durch Beharrlichkeit und Ausdauer aus. So wurden in Pankow im Rahmen des „Nationalen Aufbauwerkes“ z. B. ein Freibad und in Treptow die Sportanlagen des Vereins „Grün Weiß“, auf dem ehemaligen Gelände des „Fichte – Arbeitersportvereins“ erbaut.

Die Volkspolizei erwarb das Vertrauen der Bevölkerung, konnte sie zur Mitarbeit gewinnen und erreichte einen Zustand der Ordnung und Sicherheit, der beispielgebend war und von dem heutige Polizeiorgane nur träumen können, wurden doch in der DDR, bei allen Schwierigkeiten, Problemen und Rückschlägen, die Ursachen für Straftaten und Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit methodisch beseitigt.

Als Berliner weiß ich, dass die Aufgaben nie ohne Hilfe und Unterstützung aus den anderen Landesteilen der sowjetischen Besatzungszone, später der DDR, zu erfüllen gewesen wären. Tausende junge Volkspolizisten kamen uns zu Hilfe.

Einer von ihnen, Rudolf Höll, soll hier stellvertretend für viele genannt sein. Die in diesen Tagen erscheinende Veröffentlichung „Mein Lebensweg - 40

Jahre im Dienste der Deutschen Volkspolizei“ des Volkspolizeidirektors a.D. schildert anschaulich den Entwicklungsweg eines ehemaligen sudetendeutschen Hitlerjungen, der sich dafür entschieden hatte, diesem Land, das aus Ruinen auferstand, zu dienen. Ein ehrliches Buch, das auch die Widersprüchlichkeiten im Leben nicht verschweigt.

Durch Eid gebunden waren wir doch alle dazu verpflichtet, „ohne die Kräfte zu schonen, auch unter Einsatz des Lebens ... die Staats- und Rechtsordnung, ... das Eigentum, die Persönlichkeit und die Rechte der Bürger vor verbrecherischen Anschlägen zu schützen“.

Das konnte nur unter Zurückstellung persönlicher und familiärer Probleme erreicht werden. Viele verloren in der Erfüllung ihres Dienstes ihre Gesundheit, sind nicht mehr in der Lage, ihre Erinnerungen aufzuschreiben oder der ewigen Anfeindungen müde.

Allen möchte ich sagen, wir waren keine Ost-/West- oder Sonstwie – Polizei, wir waren die Volkspolizei und wir haben unser Volk nicht verraten, sondern einer guten Sache gedient. Das ist weder ehrenrührig noch entschuldigungspflichtig. Diese Auffassung teile ich mit dem letzten Schulleiter der Offiziersschule des Mdl „Wilhelm Pieck“, Generalmajor a.D. Jürgen Beu. Nun schwer erkrankt, grüße ich ihn, an diesem Tage, sicher auch im Namen vieler Absolventen, wie Euch alle, die Ihr der Tradition einer antifaschistischen Polizei und der Solidarität mit den Angehörigen der anderen Sicherheitsorgane der DDR verbunden seid und beglückwünsche Euch zu Eurer Standhaftigkeit.

### Hilferuf der Kinder aus der Ostukraine „Nicht schießen – Wir wohnen hier!“

Die Bilder mit selbst gemalten Plakaten der Kinder aus Slowjansk gingen um die Welt. Wie immer sind Kinder die ersten und wehrlosesten Opfer von Kriegen. Und es ist ein Krieg, der vom Präsidenten der Ukraine gegen das eigene Volk geführt wird. Die Kinder der Ostukraine brauchen unsere Hilfe. Der Brandenburgische Freidenkerverband hat dafür ein Konto eingerichtet. Unter dem Stichwort „Ukrainesoli“ kann auf das Konto-Nr. 3503315810, Bankleitzahl 16050000 Oder (IBAN DE91160500003503315810), BIC: WELADED1PMB) gespendet werden.

## Bei anderen gelesen

### Kitsch aus Kittchen

Die Kommunisten waren wirklich zu allem zu blöd. Auf die schöne Idee, einstige Häftlinge des KZ-Buchenwald in Originaltracht und echter Kulisse den Gefangenenchor aus „Nabucco“ gegen die Altnazis in Westdeutschland ansingen zu lassen, sind sie nicht gekommen!

Aber jetzt! Für eine Freilandaufführung von Beethovens „Fidelio“ im Zuchthaus Cottbus werden einstige Häftlinge, die dortselbst aus politischen Gründen eingesperrt haben, reaktiviert. Sie sollen den Gefangenenchor authentisch durch die Gitterfenster singen, so die „Kulturstiftung des Bundes“. Eine späte Genugtuung für die Opfer: Im Cottbuser Knast war das Singen verboten, höchstens ganz leise nach Innen hinein...

Da hat sich das Regime aber selbst ins Knie gefickt: Insassen mit schönen Stimmen hätte man doch mit einem Kultur-Aufschlag in den Westen verkaufen können. Wie man hört, wollen sich die Opfer nach erfolgreicher „Fidelio“-Premiere mit dem Berliner Chor der SED-Parteiveteranen zusammenschließen, man will den Background für die Gefängnis szenen in der „Fledermaus“ proben.

**Mathias Wedel**

*in Eulenspiegel“ Juli 2014, mit freundlicher Genehmigung*

In unserer Ausgabe vom Juli 2013 berichteten wir über eine Veranstaltung der TIG Güstrow, Bützow, Sternberg mit dem Theologen Prof. Dr. Gert Wendelborn über konfessions- und ideologieübergreifende Probleme in der vom Imperialismus geprägten Welt. Im „Zwischenruf“ vom Februar 2014 zitierten wir Äußerungen von Papst Franziskus dazu. Es erweist sich immer mehr, dass dort, wo es möglich ist, ein Zusammenwirken unterschiedlicher politischer und sozialer Strömungen gegen das menschenfeindliche Wirken der gegenwärtig Mächtigen unumgänglich ist.

Dazu schreibt Dr. Erhard Reddig, Interessengemeinschaft Sozialer Arbeitskreis Berlin-Treptow-Köpenick:

## Ein interessanter Dialog: Christen und Konfessionslose über gemeinsame Herausforderungen

Im Wirrwarr der Informationen über internationale Politik und die im Inland praktizierte Macht der Medien tauchte Ende 2013 in linken bzw. links-liberalen Publikationen das Zitat von Papst Franziskus „Diese Wirtschaft tötet“ auf. Dies ließ aufhorchen und gab Anstoß, sich mit dem neuen Papst – nicht einmal ein volles Jahr im Amt – zu beschäftigen; (Die frohe Botschaft Jesu. Das apostolische Schreiben „Evangelium Gaudium – Freude am Evangelium“ von Papst Franziskus“ St. Benno Verlag, Leipzig, 2013). Auch Nichtchristen wurden neugierig und man diskutierte.

Das apostolische Lehrschreiben beginnt gleich mit Kritik an der Gesellschaft. Der Papst schreibt dazu über erdrückendes Konsumangebot und Hunger in der Welt sowie über Geisteshaltung, die zu gereizten, unzufriedenen, empfindungslosen Menschen führt. Dabei pflegt er eine konkretisierende mitreißende Sprache, die oft präzise und polemisch – auch gegen die eigene Kirche zuspitzen kann. Franziskus macht von sich reden – nicht nur durch seine Lebensweise, die sich von der seiner Vorgänger deutlich unterscheidet. So lehnt er protzige Auftritte und pompöse Rituale ab. Die Wahl des Papstnamens - Orientierung auf Franz von Assisi - soll die Richtung seines Wirkens bestimmen. Es geht ihm um das Schicksal der Armen in der Welt.

Das alles waren Motive, sich wieder an Aktionen zum Sozialwort der Kirchen in Deutschland „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ zu erinnern, die der Soziale Arbeitskreis Treptow gemeinsam mit evangelischen und katholischen Christen Ende der 90er Jahre führte. Ausgehend von der Kapitalismuskritik des Papstes fanden wir mit Vertreterinnen und Vertretern der katholischen und evangelischen Konfessionen eine gemeinsame Sprache. Mit dem Zentrum für Demokratie, der Sprechergruppe der Interessengemeinschaft Treptow-Köpenicker Bürgervereine und –initiativen sowie weiteren Verbündeten luden wir zu einem öffentlichen Gespräch zum Thema „Herausforderungen an die Welt von heute“ (Zitat aus

dem apostolischen Schreiben des Franziskus) ein. In den Impulsbeiträgen der Gäste und in den Beiträgen von Vertretern der Bürgervereine kamen wesentliche Aussagen des apostolischen Schreibens zur Sprache: Grundsätzliches Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung; zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen; zu einer neuen Vergötterung des Geldes sowie zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt. In der sehr regen Debatte wurde u.a. festgestellt, dass Franziskus in seiner Kapitalismuskritik bis zum Fetischcharakter der Ware und des Kapitals vordringt („Dem Kapital an die Wurzel“, Kuno Füssel und Michael Ramminger, Junge Welt 28./29.12.2013). Der Antikommunismus seiner Vorgänger ließ solche Schlüsse nicht zu. Der Papst schreibt weiter: „Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich überhaupt kein Problem gelöst werden“.

Im Verlauf der Veranstaltung gewann man den Eindruck, dass es nicht nur der Papst ist, welcher für soziale Bewegung unter den Christen an der Basis sorgt. Der Eindruck täuscht nicht: Von der Ökumenischen Versammlung 2014 in Mainz ging die Botschaft mit Berufung auf Matthäus 6,24 aus: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“

„Wir lehnen die derzeitige marktkonforme Demokratie ab, stattdessen wollen wir eine demokratiekonforme Wirtschaftsweise und das Abschaffen jeglicher oligarchischer Strukturen.“

Christen beider Konfessionen und Nichtchristen verschiedener Bekenntnisse waren sich darüber einig, dass zu den sozialen Fragen wichtige Aussagen des Papstes und der Mainzer Botschaft vorgegeben wurden, die durch die demokratischen Parteien und Initiativen in der politischen Auseinandersetzung nicht unterschätzt werden sollten. Das außerparla-

mentarische Wirken der Linken wird an Bedeutung gewinnen, wenn es verstanden wird, aus Situationen heraus zu kommen, die etwas sektenhaftes an sich haben.

Weitere Lehren aus dieser Veranstaltung drängen sich auf: So machten uns im Vorfeld Bürgerinnen und Bürger, Mitwirkende in außerparlamentarischen Gruppierungen ebenfalls auf Franziskus aufmerksam. Es sei notwendig, über den eigenen Tellerrand zu schauen und über weltanschauliche Unterschiede hinweg nach Antworten auf die existenziellen Fragen unserer Zeit zu suchen. In unserer außerparlamentarischen Arbeit wird es uns von demokratischen Parteien nicht immer leicht gemacht. Außer der DKP, die unserer Einladung folgte.

Aufgrund des Umfangs des vorgegebenen Themas kamen viele Fragen zu kurz. Das betrifft besonders ein Zusammenwirken von Christen und Nichtchristen bei Aktionen gegen Faschismus und Krieg. Auch zu diesen Fragen sollten das apostolische Schreiben des Franziskus und die Mainzer Botschaft beachtet und weitgehend genutzt werden. Praktische Fragen der Bürgerbeteiligung und Entwicklung von Demokratie bleiben für eine weitere gemeinsame Zusammenarbeit vorbehalten. Dazu wären ähnliche Veranstaltungen wie diese auf der Grundlage des apostolischen Schreibens nützlich. Nicht darüber hinweg täuschen dürfen wir uns, dass Franziskus nur über eine begrenzte Hausmacht verfügt. Es wäre auch für Nichtchristen wünschenswert, wenn Franziskus seine Vorhaben, zu denen er im apostolischen Schreiben Stellung genommen hat, verwirklichen könnte.

### ES WIRD NOCH GEZÄHLT,

aber bis Redaktionsschluss sind bereits **42367 Unterschriften zur Rentenpetition** in unserer Geschäftsstelle registriert. Die endgültige Zahl werden wir im August veröffentlichten können.

## Zwischenruf

In den 80er Jahren gab es, einigen vielleicht erinnerlich, regelmäßige Leichtathletik-Wettkämpfe zwischen der DDR und den USA. So auch in Los Angeles, wo die DDR-Athleten als Gesamtsieger hervorgingen (was wohl nicht so selten war). Am nächsten Tag äußerte jemand in einer Diskussionsrunde unter Hinweis auf unseren Sieg: "Na, die Amis haben wir wieder geknechtet." Offensichtlich verärgert über diese Überheblichkeit fragte ein Genosse ganz trocken: "Wieso das? Haben wir jetzt die höhere Arbeitsproduktivität?" Daran musste ich denken, als ich vor dem Spiel der deutschen Fußball-Auswahl gegen die portugiesische Mannschaft mein Internet-Portal öffnete, das einige junge Männer in Sportkleidung zeigte und darunter den Text platziert hatte: „So schlagen wir Portugal“. Es stellte sich jedoch heraus, dass Portugal gar nicht geschlagen worden war, sondern dass die portugiesische Mannschaft ein Spiel gegen uns... nein, gegen eine deutsche Mannschaft verloren hatte.

Dieses vereinnahmende WIR, das damals wie heute ungefragt alle umfasste, ist der sprachliche Zugriff auf jede einzelne Persönlichkeit und damit die wahrheitswidrige Erläuterung, was ich, unter dem Dach des WIR, zu möchten habe. Sprache ist Waffe. Und wenn Herr Bundespräsident zu den Waffen greifen möchte, wie er es in der Stadt des Friedensnobelpreises, in Oslo, verkündete, sollte er nicht sagen, WIR sollten dies tun, er möge mich auslassen. WIR sollten uns in jeder Hinsicht gegen sprachliche Aggressionen wehren. Wer hier unterliegt, hat eine Gedankenwelt verloren und ist nicht mehr Herr seiner Begriffe und damit seines Handelns. Können WIR das wollen?

Wolfgang Kroschel

## Lesenswert

Hans-Jürgen Bunk / Andreas H. Buchwald  
**Magie eines Zimmers oder Der Strick ist abgekaut;** (AndreBuchVerlag 2014)

ISBN 978-3-942469-18-0

157 Seiten, Preis: 12,90 Euro

Zwei Autoren, deren Biografien nicht unterschiedlicher sein könnten, ein ehemaliger MfS-Offizier und ein ehemaliger Bausoldat schildern ihre Entwicklung und ihr Leben in der DDR. Das Anliegen des ungewöhnlichen Buches wird im Klappentext u.a. so beschrieben: „Indem sie ihre gegensätzlichen Biografien einander gegenüberstellen, geht es ihnen keineswegs darum, Unrecht nicht Unrecht zu nennen, sondern Schritt für Schritt aus dem Teufelskreis der uferlosen Schuldaufrechnungen herauszutreten und Lebensgeschichten anzuerkennen, die bei näherem Hinsehen kaum anders hätten verlaufen können. Ein Blick auf die Doppelmoral der scheinbar demokratischen Strukturen heute sollte dazu beitragen, die Fronten zusätzlich zu entschärfen.“

W.S.

\*

Manfred Wild

**MEINE GEDANKEN ... lasse ich frei**

Gedichte, politische Satire und andere (All)Gemeinheiten (Verlag RADE Ribnitz-Damgarten 2014) Preis: 13 Euro

Bezugsmöglichkeiten über den Verlag (Detlef Mauch) mail: rade.verlag@t-online.de

Tel.: 03821/706452 oder den Autor (Manfred Wild)mail: wild-ost@t-online.de

Tel. (030) 6485752

Manfred Wild ist als Autor und Verseschmied, von nachdenklichen Gedichten und auch bisiger Satire besonders unter Berliner Freunden und im Umland von Berlin bekannt. Gut, dass er sich nun entschlossen hat, einige seiner Gedanken nicht nur frei zu lassen, sondern sie unter tätiger Mithilfe eines unserer Nordlichter wieder einfangen zu lassen. So legen sie gemeinsam eine kleine Sammlung ihres Schaffens vor, - gute Texte, liebevoll ausgestattet mit schönen Zeichnungen, Bildern und Collagen von Detlef Mauch, passend zum Text. Eine gelungene, empfehlenswerte Erstausgabe, fern vom Mainstream, feinfühlig und hartnäckig zugleich.

H.B.

## Von Mitglied zu Mitglied

**Superschön-Urlaub in der Lausitz:** Hotel-Pension 14 Ü/VP 574 €, 7 Ü/VP 315 €, auch HP mgl. Idyllisch-ruhige Lage. Speisen im neuen Wintergarten mit Blick ins Grüne. Fahrradverleih, Busfahrten u.v.m. Prospekt: Tel. 035894/30470; www.pensionweiser.de

## Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel , Telefon: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss:** 25.06.2014

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 30.07.2014

**Einstellung im Internet:** 08.08.2014

**Auslieferung:** 14.08.2014

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat  
 29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

**E-Mail:** ISOR-Berlin@t-online.de

**Redaktion:** Isor-Redaktion@t-online.de

**Internet:** http://www.isor-sozialverein.de

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse  
 Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00  
 IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56  
 BIC BELADEBEXX

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden ersten u. dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
 nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29784315